



Innenministerium Baden-Württemberg
Vorsitzender des IT-Planungsrates

Ministerialdirektor Dr. Herbert O. Zinell

Dorotheenstraße 6
70173 Stuttgart

Email: Dirk Stocksmeier@init.de | Harald.Felling@init.de
Durchwahl: 97006-230
Fax: 97006-315

12. August 2011
Seite 1/4

**Nationale E-Government Strategie
Stellungnahme der Arbeitsgruppe Wissenschaft und Wirtschaft
(UAG NEGS) der AG3 des Nationalen IT-Gipfels zum
Umsetzungskonzept der NEGS des IT-Planungsrates**

Sehr geehrter Dr. Zinell,

für die Möglichkeit, den Prozess der Umsetzungsplanung für die Nationale E-Government Strategie (NEGS) zu begleiten und in diesem Zusammenhang eine Stellungnahme zum aktuellen Stand der Planung erstellen zu können, möchten wir uns herzlich bedanken.

Für den Standort Deutschland ist eine moderne, leistungsfähige und flexible Verwaltung ein kritischer Erfolgsfaktor. Staat und Verwaltung sind gemeinsam gefordert in allen gesellschaftlichen Teilbereichen – u.a. Bildung, Wirtschaft, Energie – die Zukunftsfähigkeit unseres Landes positiv zu beeinflussen. Dafür müssen auf allen staatlichen Ebenen die technischen, organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen geschaffen bzw. konsequent weiterentwickelt werden. Bei diesem wichtigen Vorhaben ist eine Unterstützung durch Wissenschaft und Wirtschaft unerlässlich und wir freuen uns daher, dass Sie dazu den Dialog mit der Arbeitsgruppe Wissenschaft und Wirtschaft aufgenommen haben.

Die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Wissenschaft (UAG NEGS) der AG 3 des Nationalen IT-Gipfels begrüßt die Absicht des IT-Planungsrates, am 13.10.2011 einen Umsetzungsplan für die Nationale E-Government Strategie zu beschließen und unterstützt ausdrücklich das Memorandum als handlungsleitenden Beschluss vom 30.06.2011 zur Konzentration auf

Querschnittsthemen und infrastrukturelle Aspekte des Einsatzes sowie der Vernetzung informationstechnischer Systeme auf allen staatlichen Ebenen.

In unserer beiliegenden Stellungnahme zu den zur Verfügung gestellten Dokumenten des IT-Planungsrates konzentrieren wir uns auf das Memorandum sowie die Anlagen Umsetzungskonzept und die Auswahl erster Maßnahmenschwerpunkte.

Darüber hinaus enthält die Stellungnahme verschiedene Empfehlungen zur weiteren Umsetzungs- und Maßnahmenplanung. Diese betreffen konzeptionell-strategische bzw. organisatorische Handlungsempfehlungen sowie konkrete Vorschläge für projektbezogene Maßnahmen.

Konzeptionell-strategisch empfiehlt die Arbeitsgruppe die Erarbeitung einer **längerfristigen Entwicklungsplanung** für den Einsatz von IKT im Kontext staatlicher Modernisierung.

Vergleichbar mit den im Entwurf zum Umsetzungskonzept bereits definierten Handlungsprämissen sollte eine anschauliche Zielprojektion sowie eine Roadmap erarbeitet werden, aus der sich insbesondere übergreifende Handlungsschwerpunkte und Maßnahmen für den Aufbau einer Föderativen E-Government-Infrastruktur in Deutschland ableiten lassen.

Eine längerfristige Entwicklungsplanung befördert als gemeinsamer konzeptioneller Rahmen die Zusammenarbeit verschiedener staatlicher Akteure, auf deren Basis

- Projekte ihre Querschnittsthemen zur eigenen Entlastung in standardisierte Prozessabläufe übergeben,
- fachliche Handlungsagenden entstehen und mit entsprechender fachlicher Kompetenz synergetisch abgearbeitet werden können,
- im Bereich der Umsetzung gezielte andere staatliche Akteure bzw. Wirtschaft und Wissenschaft eingebunden werden sowie
- ein ebenso konsistentes wie leistungsfähiges Controlling aufgebaut wird.

Bei der Ausarbeitung des konzeptionellen Rahmens sollte ein pragmatischer Ansatz gewählt werden, der konsequent auf eine effiziente Umsetzung der Maßnahmen ausgerichtet ist.

Die notwendige Verknüpfung von informationstechnischen Systemen ist die entscheidende Grundlage für den Aufbau einer „Föderativen E-Government Infrastruktur“ in Deutschland.

Bestehende IT-Architekturen der öffentlichen Verwaltung weisen jedoch noch immer eine starke Binnensicht auf und konzentrieren sich in erster Linie auf eine selektive Kopplung verwaltungsinterner IT-Systeme bzw. individuelle Schnittstellen zu externen IT-Systemen. Benötigt wird hier ein Referenzmodell für die IT-Unterstützung kooperativer Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung. Dabei sollten bestehende technologische Konzepte wie SAGA oder die Vorarbeiten zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie aufgegriffen und weiterentwickelt werden.

Die Erfahrung zeigt, dass anspruchsvolle Umsetzungsprojekte einen effizienten organisatorischen Unterbau benötigen. Daher schlagen wir als organisatorische Empfehlungen folgende Maßnahmen vor:

- **Einrichtung eines Projektbüros beim IT-Planungsrat**, u.a. mit dem Ziel einer kontinuierlichen Beratung des IT-Planungsrates sowie zur konkreten Unterstützung bei der operativen Umsetzung und Gesamtkoordination der Einzelmaßnahmen
- **Einrichtung eines von Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung gemeinsam getragenen interdisziplinären Kompetenzzentrum für E-Government**, u.a. zur gezielten Unterstützung staatlicher Modernisierung, zur wissenschaftlichen Begleitforschung als Grundlage der Aus- und Fortbildung sowie für einen anwendungs-orientierten Diskurs, um innovative E-Government-Lösungen aus Deutschland auch international noch besser zu positionieren

Als Ergänzung der Maßnahmenplanung schlägt die Arbeitsgruppe **weitere konkrete Projekte** vor, die in der Stellungnahme kurz beschrieben und im weiteren Prozess der Begleitung – so seitens des IT-PLR erwünscht – ausgebaut, konkretisiert und mit spezifischen Kooperationsmodellen hinterlegt werden können. Zu diesen Projektvorschlägen zählen

- Schaffung rechtssicherer elektronischer Dokumente auf der Basis eines digitalen Siegels (elektronische Signatur für Verwaltungen, Unternehmen und andere Organisationen)
u.a. für die Erstellung und den Einsatz rechtsverbindlicher elektronischer bzw. hybrider Dokumente in Massenverfahren, z.B. elektronische Schulzeugnisse

- Konsolidierung der Vorhaben zu elektronischen Registern
u.a. zur besseren Berücksichtigung übergreifender Aspekte
- Gezielter Ausbau von Anwendungen zur Nutzung der elektronischen Identität auf der Grundlage des neuen Personalausweises (nPA-Förderprogramm)
u.a. zur Verbreiterung des Angebotes von Online-Diensten für Bürger und Unternehmen
- Zeitnahe Erprobung des P23R
u.a. als mögliche technische Alternative für vergleichbare prozessuale Anwendungen, z.B. für Meldepflichten im Beherbergungsgewerbe
- Umfassende Einführung von E-Vergabe/E-Beschaffung
u.a. durch verbindliche Standards bzgl. der Schnittstellen zu Verfahren und Plattformen

Zur vertiefenden fachlichen Diskussion der beschriebenen Empfehlungen und Maßnahmen stehen die Mitglieder der Arbeitsgruppe dem IT-Planungsrat sowie seinen verschiedenen Arbeitsgruppen gern zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß,



A handwritten signature in black ink, consisting of a large, rounded 'D' followed by a stylized 'S' and 'M'.

Dirk Stocksmeier
Vorsitzender des Vorstands der]init[AG



A handwritten signature in black ink, featuring a large, stylized 'H' and 'F' with a long, sweeping underline.

Harald Felling
Vorstand der]init[AG